-

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land	Bundesrepublik Deutschland
Sozialgericht	Bundessozialgericht
Sachgebiet	Entschädigungsklage bei überlanger Verfahrensdauer
Abteilung	-
Kategorie	Urteil
Bemerkung	-
Rechtskraft	-
Deskriptoren	Überlanges Gerichtsverfahren – Entschädigungsklage – unangemessene Verfahrensdauer – Erkrankung des Richters oder der Richterin – staatlicher Einfluss- und Verantwortungsbereich – Pflicht zur Vorsorge für übliche Ausfallzeiten – ausreichende Vertretung – keine Entschädigung für krankheitsbedingte kurzfristige Terminverschiebung – Angemessenheitsprüfung – wertende Gesamtbetrachtung – Festhaltung an Zwölfmonatsregel in der Sozialgerichtsbarkeit – keine automatische Verkürzung der Vorbereitungs- und Bedenkzeit nach Entscheidungsreife – Ermittlung der Inaktivitätszeiten – richterliche Bearbeitungszeit für umfangreichen Schriftsatz – „Schriftsatz-Monat“ als Aktivmonat – Maßgeblichkeit des Monats des Posteingangs bei Gericht – Übersendung eines Schriftsatzes zur freigestellten Stellungnahme – weiterer „Stellungnahme-Monat“ als Aktivmonat – vorprozessuale Anerkennung eines Entschädigungsanspruchs durch die Justiz – kein Verwaltungsakt auf Grundlage des § 198 GVG – Voraussetzungen für ein öffentlich-rechtliches Schuldanerkenntnis – Bindungswirkung der tatsächlichen Feststellungen durch das LSG – sozialgerichtliches Verfahren – Aktivlegitimation von Grundsicherungsempfängern und

	-empfängerinnen – kein gesetzlicher Anspruchsübergang nach § 33 SGB II – Grundsatz der Einheitlichkeit der Kostenentscheidung – Möglichkeit einer nach Rechtszügen differenzierten Kostenaufteilung
Leitsätze	1. Verzögerungen durch Erkrankung des zuständigen Richters können einen Entschädigungsanspruch wegen unangemessener Verfahrensdauer begründen. 2. Die Pflicht zur Gewährung von Rechtsschutz in angemessener Zeit umfasst die Vorsorge für übliche Ausfallzeiten von Richtern durch wirksame Vertretung.
Normenkette	GVG § 198 Abs 1 S 1; GVG § 198 Abs 1 S 2 ; GVG § 198 Abs 3 S 1; GVG § 21e Abs 1 S 1; GVG § 21e Abs 3 S 1; SGB II § 33 Abs 1 S 1; SGB II § 11a Abs 3; VwVfG § 35 S 1; BGB § 781 S 1; SGB X § 53; SGB X § 56; SGG § 163; SGG § 197a Abs 1 S 1; VwGO § 155 Abs 1 S 1; GG Art 19 Abs 4 S 1; GG Art 97; MRK Art 6 Abs 1 S 1

1. Instanz

Aktenzeichen	-
Datum	-

2. Instanz

Aktenzeichen	L 37 SF 276/19 EK AL
Datum	06.11.2020

3. Instanz

Datum	24.03.2022

Â

Auf die Revision des KlÃ¤gers wird das Urteil des Landessozialgerichts Berlin-Brandenburg vom 6.Â November 2020 geÃ¤ndert.

Der Beklagte wird verurteilt, an den KlÃ¤ger wegen unangemessener Dauer des vor dem SozialÂgericht Berlin zuletzt unter dem Aktenzeichen SÂ 62Â AL 519/15 gefÃ¼hrten Klageverfahrens eine EntschÃ¤digung in HÃ¶he vonÂ weiteren 300Â Euro zuzÃ¼glich Zinsen in HÃ¶he von 5Â Prozentpunkten Ã¼ber dem

jeweiligen Basiszinssatz seit dem 27.Â Dezember 2019 zu zahlen. Im Ã□brigen wird die Revision zurÃ¼ckgewiesen.

Der Beklagte und der KlÃ¤ger tragen die Kosten des Verfahrens vor dem Landessozialgericht je zur HÃ¤lfte. Von den Kosten des Revisionsverfahrens tragen der Beklagte 1/7 und der KlÃ¤ger 6/7.

Der Streitwert fÃ¼r das Revisionsverfahren wird auf 2200 Euro festgesetzt.

Â

G r Ã¼ n d e :

I

Â

1

Die Beteiligten streiten Ã¼ber die EntschÃ¤digung von Nachteilen infolge der unangemessenen Dauer eines Gerichtsverfahrens vor dem SG Berlin.

Â

2

Am 13.2.2015 erhob der KlÃ¤ger im Ausgangsverfahren vor dem SG Klage gegen die BunÂdesagentur fÃ¼r Arbeit (BA) mit dem Begehren, diese zur Neubescheidung seines Antrags zu verÂurÂteilen, die Ã¤lteste seiner Darlehensschulden iHv 376,60Â Euro zu erlassen. Dieses Darlehen war dem KlÃ¤ger wÃ¤hrend des Bezugs von Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts nach dem SGBÂ II fÃ¼r Energieschulden gewÃ¤hrt worden.

Â

3

Das SG (56.Â Kammer) bestÃ¤tigte den Eingang der Klage am 27.2.2015 und forderte die beklagte BA zur Erwiderung binnen eines Monats auf. Diese ging am 27.3.2015 bei Gericht ein und wurde den damaligen ProzessbevollmÃ¤chtigten des KlÃ¤gers am 8.4.2015 zur Kenntnisnahme Ã¼berÂsandt. Danach wurde das Verfahren mehrfach auf Frist gelegt und am 4.8.2015 in das sogeÂnannte Entscheidungsfach verfÃ¼gt.

Â

4

Auf mehrere Sachstandsanfragen der damaligen ProzessbevollmÃ¤chtigten des KlÃ¤gers zwischen Oktober 2015 und Februar 2017 teilte das SG jeweils nur mit, es sehe die Sache als entscheiÂdungsreif an, sei aber durch Ã¤ltere Verfahren an der Terminierung gehindert. Zuletzt verwies es zudem auf eine Erkrankung des ordentlichen Vorsitzenden der 56.Â Kammer.

Â

5

Nach Schriftsatzwechsel im Jahr 2017 ging das Verfahren zum 1.10.2017 in den ZustÃ¤ndigkeitsÂbereich der 62.Â Kammer Ã¼ber. Die Beteiligten wechselten weitere SchriftsÃ¤tze. Zudem zog die Kammer Akten eines bereits vor dem SG abgeschlossenen Parallelverfahrens bei. Am 19.12.2018 erhob der KlÃ¤ger VerzÃ¶gerungsrÃ¼ge. In einem schlieÃlich anberaumten ErÃ¶rterungsÂtermin am 28.8.2019 gab die BA ein Anerkenntnis mit der Verpflichtung zur Neubescheidung ab, das der KlÃ¤ger annahm.

Â

6

Am 30.8.2019 begehrte der KlÃ¤ger vorprozessual vom Beklagten die GewÃ¤hrung einer EntschÃ¤Âdigung iHv 4700Â Euro. Dieser erkannte mit Schreiben vom 25.9.2019 eine EntschÃ¤digungsfordeÂrung iHv 1200Â Euro wegen der Ã¼berlangen Dauer des Verfahrens beim SG an, die er spÃ¤ter auch auszahlte, lehnte den Antrag im Ãbrigen aber ab.

Â

7

Der KlÃ¤ger hat am 26.11.2019 die dem Beklagten am 27.12.2019 zugestellte Klage auf EntschÃ¤Âdigung iHv 3500Â Euro nebst Zinsen seit RechtshÃ¤ngigkeit erhoben. Ihm stehe fÃ¼r den gesamten Zeitraum ab dem Zeitpunkt der Entscheidungsreife im Oktober 2015 bis einschlieÃlich August 2019 eine EntschÃ¤digung zu.

Â

8

Das LSG als EntschÃ¤digungsgericht hat den Beklagten zur Zahlung von weiteren 1300Â Euro nebst Zinsen verurteilt und die Klage im Ãbrigen abgewiesen. Die Bedeutung des Verfahrens sei eher unterdurchschnittlich, Schwierigkeit und KomplexitÃ¤t seien allenfalls durchschnittlich geÂweÂsen. FÃ¼r die Beurteilung der Angemessenheit der Verfahrensdauer seien die Annahme der EntÂscheidungsreife durch das SG und seine hypothetischen HandlungsmÃ¶glichkeiten ohne BeÂlang.

Von den 40Â Kalendermonaten gerichtlicher InaktivitÃ¤t seien 15Â Monate in Abzug zu bringen. Es bestehe kein Anlass, zugunsten des KlÃ¤gers von der zwÃ¶lfmonatigen Vorbereitungsâ□□ und BeÂdenkzeit abzuweichen, die nach der stÃ¤ndigen Rechtsprechung des BSG anzunehmen sei. WeiÂtere drei Monate habe der KlÃ¤ger wegen der Erkrankung des zustÃ¤ndigen Richters entschÃ¤diÂgungslos hinzunehmen. DarÃ¼ber hinausgehende VerzÃ¶gerungen durch die Erkrankung des zuÂstÃ¤ndigen Richters fielen dagegen in den Verantwortungsbereich des Beklagten, der fÃ¼r eine ausÂreichende Personalausstattung der Gerichte zu sorgen habe.

Â

9

Mit seiner Revision rÃ¼gt der KlÃ¤ger eine Verletzung von Â§Â 123 SGG und Â§Â 198 GVG. Das EntÂschÃ¤digungsgericht habe das VerbÃ¶serungsverbot aus Â§Â 123 SGG verletzt. Der Beklagte habe vorprozessual eine Liegezeit von 41Â Monaten anerkannt und dabei auch die Monate Mai 2017 und August 2017 entschÃ¤digt. Davon habe das EntschÃ¤digungsgericht nicht mehr zu seinen Lasten abweichen dÃ¼rfen. Bei der Anwendung von Â§Â 198 GVG habe das EntschÃ¤digungsgericht rechtsfehlerhaft eine zwÃ¶lfmonatige AnspruchskÃ¼rzung aufgrund einer Vorbereitungs- und BeÂdenkzeit angesetzt, ohne die Besonderheiten des Einzelfalls zu wÃ¼rdigen. In seinem Fall hÃ¤tte insoweit der Zeitraum von Mai bis September 2015, mithin fÃ¼nf Monate, ausgereicht. Denn der seinerzeitige Kammervorsitzende habe bereits im Oktober 2015 die Entscheidungsreife mitgeÂteilt. Allein das Monatsprinzip bewirke schon eine nicht unerhebliche Vorbereitungsâ□□ und BeÂdenkÂzeit. Rechtsfehlerhaft habe das LSG pauschal drei weitere Monate wegen der Erkrankung des Kammervorsitzenden des Ausgangsgerichts als nicht entschÃ¤digungspflichtig bewertet. Die Zahl sei offensichtlich willkÃ¼rlich. Zudem falle die Erkrankung des Kammervorsitzenden in den VerantÂwortungsbereich des Beklagten.

Â

10

Der KlÃ¤ger beantragt,
das Urteil des Landessozialgerichts Berlin-Brandenburg vom 6.Â November 2020 zu Ã¤ndern und den Beklagten zu verurteilen, an ihn wegen unangemessener Dauer des vor dem Sozialgericht Berlin zuletzt unter dem Aktenzeichen SÂ 62Â AL 519/15 gefÃ¼hrten KlageverÂfahrens eine EntschÃ¤digung in HÃ¶he von weiteren 2200Â Euro nebst Zinsen in HÃ¶he von 5Â Prozentpunkten Ã¼ber dem Basiszinssatz seit 27.Â Dezember 2019 zu zahlen.

Â

11

Der Beklagte beantragt,
die Revision zurÃ¼ckzuweisen.

Â

12

Er verteidigt das angegriffene Urteil des EntschÃ¤digungsgerichts.

Â

II

Â

13

Die zulÃ¤ssige Revision des KlÃ¤gers ist teilweise begrÃ¼ndet. Das Urteil des EntschÃ¤digungsgeÂrichts ist zu Ã¤ndern *(*Â§Â 170 AbsÂ 2 SatzÂ 1 SGG*)* und die Revision im Ã□brigen zurÃ¼ckzuweisen *(*Â§Â 170 AbsÂ 1 SatzÂ 1 SGG*)*. Das EntschÃ¤digungsgericht hat die EntschÃ¤digungsklage zum Teil zu Unrecht abgewiesen, indem es den Beklagten lediglich zur Zahlung einer GeldentschÃ¤digung von 1300Â Euro wegen unangemessener Dauer des vor dem SG Berlin zuletzt unter dem AzÂ SÂ 62Â AL 519/15 gefÃ¼hrten Klageverfahrens verurteilt hat. Dem KlÃ¤ger stehen gegen den Beklagten weitere 300Â Euro GeldentschÃ¤digung zu. Eine darÃ¼ber hinausgehende EntschÃ¤digung kann er hingegen nicht beanspruchen.

Â

14

A. Streitgegenstand des Revisionsverfahrens ist der Anspruch des KlÃ¤gers auf weitere GeldentÂschÃ¤digung iHv 2200Â Euro wegen unangemessener Dauer des vor dem SG gefÃ¼hrten KlageverÂfahrens, die er Ã¼ber die vom EntschÃ¤digungsgericht zugesprochene EntschÃ¤digung von 1300Â Euro und die vom Beklagten vorprozessual gezahlte EntschÃ¤digung von 1200Â Euro hinaus beansprucht.

Â

15

B. Die zulÃ¤ssige EntschÃ¤digungsklage des KlÃ¤gers ist teilweise begrÃ¼ndet. Er ist materiell beÂrechtigt, den EntschÃ¤digungsanspruch geltend zu machen *(dazu unterÂ 1.)*. Das EntschÃ¤digungsÂgericht hat zwar dem Grunde nach zutreffend eine unangemessene Dauer des AusgangsverfahÂrens bejaht und dem KlÃ¤ger fÃ¼r den dadurch erlittenen immateriellen Nachteil eine EntschÃ¤digung in Geld

zugesprochen. Dabei hat es zutreffend zugunsten des Beklagten eine Vorbereitungsâ□□ und Bedenkzeit des Ausgangsgerichts von zwÃ¶lf Monaten berÃ¼cksichtigt. Es hat jedoch zu Unrecht pauschal drei Monate wegen der Erkrankung des zunÃ¤chst fÃ¼r das Ausgangsverfahren zustÃ¤ndiÂgen Kammervorsitzenden von der entschÃ¤digungspflichtigen Zeit abgezogen *(dazu unterÂ 2.)*.

Â

16

1. Der KlÃ¤ger besitzt die materielle Berechtigung und damit die erforderliche Aktivlegitimation, um den EntschÃ¤digungsanspruch geltend zu machen und einzuklagen. Es kann dahinstehen, ob er aktuell, zu irgendeinem Zeitpunkt wÃ¤hrend des EntschÃ¤digungsverfahrens oder wÃ¤hrend der Dauer des streitgegenstÃ¤ndlichen Ausgangsverfahrens Leistungen nach dem SGBÂ II bezieht oder bezogen hat. Denn der Anspruch auf GeldentschÃ¤digung wegen unangemessener VerfahÂrensdauer geht nicht nach Â§Â 33 AbsÂ 1 SatzÂ 1 SGBÂ II auf den fÃ¼r ihn zustÃ¤ndigen TrÃ¤ger der Grundsicherung fÃ¼r Arbeitsuchende Ã¼ber. EntschÃ¤digungsleistungen nach Â§Â 198 GVG sind kein nach Â§Â 11a AbsÂ 3 SGBÂ II zu berÃ¼cksichtigendes Einkommen. Der EntschÃ¤digungsanspruch dient anderen Zwecken als die Leistungen nach dem SGBÂ II, denn er bezweckt den Ersatz eines inÂfolge der unangemessenen Dauer des Ausgangsverfahrens erlittenen immateriellen Schadens *(BSG Urteil vom 11.11.2021 â□□Â* BÂ 14Â AS 15/20Â R*Â â□□ juris RdNrÂ 20Â ff, zur VerÃ¶ffentlichung in BSGE und SozR vorgesehen)*.

Â

17

2. Der Anspruch des KlÃ¤gers auf Zahlung weiterer EntschÃ¤digung ergibt sich aus Â§Â 202 SatzÂ 2 SGG iVm Â§Â 198 AbsÂ 1 SatzÂ 1 und AbsÂ 3 SatzÂ 1 GVG *(in der seither unverÃ¤nderten Fassung des Gesetzes Ã¼ber den Rechtsschutz bei Ã¼berlangen Gerichtsverfahren und strafrechtlichen ErmittÂlungsverfahren vom 24.11.2011,* BGBlÂ IÂ 2302*)*. Danach wird angemessen entschÃ¤digt, wer infolge unangemessener Dauer eines Gerichtsverfahrens einen Nachteil erleidet, wenn er zuvor bei dem mit der Sache befassten Gericht die Dauer des Verfahrens gerÃ¼gt hat.

Â

18

Die Angemessenheit der Verfahrensdauer richtet sich gemÃ¤Ã□ Â§Â 198 AbsÂ 1 SatzÂ 2 GVG nach den UmstÃ¤nden des Einzelfalls, insbesondere nach der Schwierigkeit und Bedeutung des Verfahrens sowie nach dem Verhalten der Verfahrensbeteiligten und Dritter. DarÃ¼ber hinaus ist auch die

VerfahrensfÃ¼hrung oder Prozessleitung durch das Ausgangsgericht in die Betrachtung mit einzuÂbeziehen. Denn eine Verletzung des Rechts auf Rechtsschutz in angemessener Zeit hÃ¤ngt weÂsentlich davon ab, ob dem Staat zurechenbare Verhaltensweisen des Ausgangsgerichts zur unÂangemessenen Dauer des Gerichtsverfahrens gefÃ¼hrt haben. MaÃgeblich sind VerzÃ¶gerungen *(vgl* Â§Â 200 GVG*),* also sachlich nicht gerechtfertigte Zeiten des Verfahrens, insbesondere aufÂgrund von UntÃ¤tigkeit des Gerichts *(stRspr; zB BSG Urteil vom 7.9.2017 â□Â BÂ 10Â ÃG 1/16Â RÂ â□ BSGEÂ 124, 136 = SozR 4â□1720 Â§Â 198 NrÂ 16, RdNrÂ 38; BSG Urteil vom 3.9.2014 â□Â BÂ 10Â ÃG 2/13Â RÂ â□ BSGEÂ 117, 21 =Â SozR 4â□1720 Â§Â 198 NrÂ 3, RdNrÂ 34).*

Â

19

Die Angemessenheit der Dauer eines sozialgerichtlichen Verfahrens ist nach der stÃ¤ndigen Rechtsprechung des BSG *(zB BSG Urteil vom 12.12.2019 â□Â BÂ 10Â ÃG 3/19Â RÂ â□ SozR 4â□1720 Â§Â 198 NrÂ 18 RdNrÂ 31Â ff; BSG Urteil vom 7.9.2017 â□Â BÂ 10Â ÃG 3/16Â RÂ â□ SozR 4â□1720 Â§Â 198 NrÂ 14 RdNrÂ 24Â f; BSG Urteil vom 3.9.2014 â□Â BÂ 10Â ÃG 9/13Â RÂ â□ SozR 4â□1720 Â§Â 198 NrÂ 6 RdNrÂ 25 ff)* in drei Schritten zu prÃ¼fen.

Â

20

Den Ausgangspunkt und ersten Schritt der AngemessenheitsprÃ¼fung bildet die in Â§Â 198 AbsÂ 6 NrÂ 1 GVG definierte Gesamtdauer des Gerichtsverfahrens von der Einleitung bis zum rechtskrÃ¤fÂtigen Abschluss. Kleinste im Geltungsbereich des ÃGG relevante Zeiteinheit ist hierbei der Kalendermonat *(dazu unter a)*. In einem zweiten Schritt ist der Ablauf des Verfahrens an den von Â§Â 198 AbsÂ 1 SatzÂ 2 GVG genannten Kriterien zu messen, bei denen es sich um unbestimmte Rechtsbegriffe handelt und die auch unter Heranziehung der Rechtsprechung des BVerfG sowie des EuropÃ¤isches Gerichtshofs fÃ¼r Menschenrechte (EGMR) auszulegen und zu vervollstÃ¤ndigen sind *(dazu unterÂ b)*. Auf dieser Grundlage ergibt erst die wertende Gesamtbetrachtung und AbÂwÃ¤gung aller EinzelfallumstÃ¤nde in einem dritten Schritt, ob die Verfahrensdauer die Ã¤uÃerste Grenze des Angemessenen deutlich Ã¼berschritten und deshalb das Recht auf Rechtsschutz in angemessener Zeit verletzt hat *(dazu unterÂ c)*. Dabei ist davon auszugehen, dass vorbehaltlich besonderer UmstÃ¤nde des Einzelfalls die Verfahrensdauer jeweils insgesamt noch als angemesÂsen anzusehen ist, wenn eine Gesamtverfahrensdauer, die zwÃ¶lf Kalendermonate je Instanz Ã¼bersteigt, auf vertretbarer aktiver Verfahrensgestaltung des Gerichts beruht *(stRspr; zB BSG Urteil vom 17.12.2020 â□Â BÂ 10Â ÃG 1/19Â RÂ â□ BSGE 131, 153 = SozR 4â□1720 Â§Â 198 NrÂ 20, RdNrÂ 45; BSG Urteil vom 7.9.2017 â□Â BÂ 10Â ÃG 3/16Â RÂ â□ SozR 4â□1720 Â§Â 198 NrÂ 14 RdNrÂ 25; BSG Urteil vom 3.9.2014 â□Â BÂ 10Â ÃG 2/13Â RÂ â□ BSGE 117, 21 = SozR 4â□1720 Â§Â 198 NrÂ 3, RdNrÂ 27, 46*).

Â

21

a)Â Ausgehend von diesen GrundsÃ¤tzen hat das EntschÃ¤digungsgericht im ersten Schritt der PrÃ¼Âfung der Angemessenheit der Verfahrensdauer festgestellt, dass das Ausgangsverfahren von der Klageerhebung im Februar 2015 bis zur Erledigung durch das Anerkenntnis der beklagten BA im August 2019 gedauert hat. Das Ausgangsverfahren umfasste somit insgesamt 55Â KalendermoÂnate.

Â

22

b)Â Das EntschÃ¤digungsgericht hat im zweiten PrÃ¼fungsschritt die Bedeutung und Schwierigkeit des Ausgangsverfahrens sowie das Verhalten der Beteiligten *(dazu unterÂ aa)* und die ProzessÂleitung des Ausgangsgerichts im Grundsatz zutreffend in seine Bewertung der Angemessenheit eingestellt *(dazu unterÂ bb)*.

Â

23

aa)Â Die von Â§Â 198 AbsÂ 1 SatzÂ 2 GVG genannte Bedeutung eines Verfahrens ergibt sich zum einen aus der allgemeinen Tragweite der Entscheidung fÃ¼r die materiellen und ideellen Interessen der Beteiligten, zum anderen maÃgeblich aus dem Interesse des Betroffenen gerade an einer raschen Entscheidung. Bei der Feststellung der Tatsachen, die zur AusfÃ¼llung der von Â§Â 198 AbsÂ 1 SatzÂ 2 GVG genannten unbestimmten Rechtsbegriffe erforderlich sind, kommt dem EntÂschÃ¤digungsgericht ein erheblicher tatrichterlicher Beurteilungsspielraum zu *(BSG Urteil vom 7.9.2017 â Â BÂ 10Â ÃG 3/16Â RÂ â SozR 4â1720 Â§Â 198 NrÂ 14 RdNrÂ 25; BSG Urteil vom 3.9.2014 â Â BÂ 10Â ÃG 9/13Â RÂ â SozR 4â1720 Â§Â 198 NrÂ 6 RdNrÂ 31)*.

Â

24

Bezogen darauf hat das EntschÃ¤digungsgericht ohne Rechtsfehler das Interesse des KlÃ¤gers am Ausgang des Verfahrens als allenfalls durchschnittlich eingestuft. Das Ausgangsverfahren betraf nur noch mittelbar die GewÃ¤hrung existenzsichernder Leistungen *(vgl dazu BSG Urteil vom 3.9.2014 â Â BÂ 10Â ÃG 9/13Â RÂ â SozR 4â1720 Â§Â 198 NrÂ 6 RdNrÂ 32).* Unmittelbar ging es lediglich um einen Anspruch des KlÃ¤gers gegen die dort beklagte BA auf Neubescheidung eines Antrags auf Erlass seiner Ã¤ltesten Darlehensschuld iHv 376,60Â Euro. Nach den Feststellungen des EntschÃ¤Âdigungsgerichts drohten dem KlÃ¤ger bezogen auf diesen Streitgegenstand des AusgangsverfahÂrens durch den Zeitablauf weder weitergehende Schwierigkeiten noch ein Beweisverlust mit fortÂ-

schreitender Verfahrensdauer. Rechtlich im Streit stand im Kern nur die Frage der richtigen ErÂmessensausÃ¼bung durch die Beklagte des Ausgangsverfahrens. Deshalb ist das EntschÃ¤diÂgungsgericht fÃ¼r das BSG bindend von einer eher unterdurchschnittlichen Bedeutung und zudem von einer allenfalls durchschnittlichen Schwierigkeit und KomplexitÃ¤t des Verfahrens ausgeganÂgen. Ein Verhalten des KlÃ¤gers, mit dem dieser das Verfahren verzÃ¶gert hÃ¤tte, hat das EntschÃ¤Âdigungsgericht fÃ¼r den Senat ebenfalls bindend verneint.

Â

25

bb)Â Das EntschÃ¤digungsgericht hat zutreffend die ProzessfÃ¼hrung des Ausgangsgerichts in seine ErwÃ¤gungen miteinbezogen und dabei zu Recht den genannten â□□Â weitenÂ â□□ Ã□berprÃ¼fungsmaÃ□stab fÃ¼r das Handeln des Ausgangsgerichts zugrunde gelegt. Insoweit hat es in revisionsrechtlich nicht zu beanstandender Weise inaktive Zeiten des Ausgangsgerichts von 40Â Monaten festgestellt. Dieser Feststellung steht nicht das vorprozessuale Schreiben des Beklagten vom 25.9.2019 entÂgegen *(dazu unterÂ)*. Auch die Monate Mai und August 2017 durfte das EntschÃ¤digungsgeÂricht als aktive Zeiten des Ausgangsgerichts bewerten *(dazu unterÂ undÂ)*.

Â

26

(1) Das LSG war an der eigenstÃ¤ndigen Feststellung von 40Â Monaten InaktivitÃ¤t des AusgangsÂgerichts nicht durch das vorprozessuale Schreiben des Beklagten vom 25.9.2019 gehindert, mit dem dieser dem KlÃ¤ger ausgehend von einer Liegezeit von 41Â Monaten unter Zugrundelegung vonÂ 29 nicht entschÃ¤digungspflichtigen Monaten eine GeldentschÃ¤digung fÃ¼r zwÃ¶lf Monate iHv 1200Â Euro zugestanden hatte.

Â

27

Offenbleiben kann, ob es sich bei diesem Schreiben um einen Verwaltungsakt *(vgl* Â§Â 1 AbsÂ 1 *Verwaltungsverfahrensgesetz Berlin iVm* Â§Â 35 SatzÂ 1 VwVfG*)* handelt, der hÃ¤tte in BeÂstandskraft erwachsen kÃ¶nnen, oder nur um schlichtes Verwaltungshandeln. Â§Â 198 GVG ermÃ¶gÂlicht die unmittelbare Erhebung der EntschÃ¤digungsklage und sieht keine vorherige VerwaltungsÂentscheidung Ã¼ber den EntschÃ¤digungsanspruch vor *(vgl* Â§Â 198 AbsÂ 5 GVG*; BSG Urteil vom 21.2.2013 â□□Â BÂ 10Â Ã□G 1/12Â KLÂ â□□* BSGE 113, 75 *=Â SozR 4â□□1720 Â§Â 198 NrÂ 1, RdNrÂ 15)*. Er enthÃ¤lt daher keine behÃ¶rdÂliche Befugnis zum Erlass von Verwaltungsakten. Selbst wenn der Beklagte aber trotzdem in Form eines Verwaltungsakts gehandelt hÃ¤tte, lieÃ□e sich dem Schreiben vom 25.9.2019 jedenfalls kein Bindungswille des Beklagten dahingehend entnehmen, mehr als

zwÃ¶lf Monate des AusÂgangsverfahrens als entschÃ¤digungspflichtig anzuerkennen. Ausgehend von einer GesamtverÂfahrensdauer des Ausgangsverfahrens von 55Â Kalendermonaten erschlieÃt sich aus dem SchreiÂben weder, welche Monate der Beklagte hiervon im Einzelnen als entschÃ¤digungspflichtig angeÂsehen hat, noch zeigt es auf, wie sich rechnerisch die angenommene â□□Liegezeitâ□□ von 41Â Monaten ergibt. Offenbleiben kann deshalb auch, ob ein gesondertes Anerkenntnis solcher BerechnungsÂelemente eines EntschÃ¤digungsanspruchs Ã¼berhaupt mÃ¶glich wÃ¤re.

Â

28

Ebenfalls dahingestellt bleiben kann, ob das Schreiben des Beklagten ein wirksames SchuldanÂerkenntnis *(*Â§Â 781 SatzÂ 1 BGB*)* enthÃ¤lt. Ein solches Anerkenntnis ist zwar grundsÃ¤tzlich auch in Ã¶ffentlichâ□□rechtlichen RechtsverhÃ¤ltnissen mÃ¶glich. Es hÃ¤tte als Ã¶ffentlichâ□□rechtlicher Vertrag iS von Â§Â 53 SGBÂ X *(vgl BSG Urteil vom 20.10.1983 â□□Â 2Â RU 49/82Â â□□ juris RdNrÂ 13)* nach Â§Â 56 SGBÂ X aber der Schriftform und damit grundsÃ¤tzlich der Unterschriften aller Vertragsparteien bedurft *(Engelmann in SchÃ¼tze, SGBÂ X, 9.Â Aufl 2020, Â§Â 56 RdNrÂ 9; Wehrhahn in Kasseler Kommentar,* Â§Â 56 SGBÂ X *RdNrÂ 5, Stand der Einzelkommentierung Oktober 2014)*.

Â

29

(2) Die vom KlÃ¤ger angegriffene Bewertung des Monats Mai 2017 durch das EntschÃ¤digungsgeÂricht als aktiver Monat des Ausgangsgerichts ist revisionsrechtlich nicht zu beanstanden. Das EntschÃ¤digungsgericht hat am letzten Tag dieses Monats einen Posteingang beim SG festgeÂstellt. Dieser wiederum stand am Beginn der gerichtlichen Bearbeitung durch das SG, denn zum (Ausgangsâ□□)Gericht gehÃ¶rt auch die dortige Poststelle. Wie das EntschÃ¤digungsgericht zu Recht angenommen hat, ist wegen des Monatsprinzips damit der gesamte Monat mit einer gerichtlichen AktivitÃ¤t belegt *(vgl BSG Urteil vom 3.9.2014 â□□Â BÂ 10Â Ã□G 12/13Â RÂ â□□ SozR 4â□□1720 Â§Â 198 NrÂ 4 RdNrÂ 57; BSG Urteil vom 12.2.2015 â□□ BÂ 10Â Ã□G 11/13Â RÂ â□□* BSGE 118, 102 *= SozR 4â□□1720 Â§Â 198 NrÂ 9, RdNrÂ 34)*.

Â

30

(3) Ebenfalls keinen revisionsrechtlichen Bedenken begegnet die vom KlÃ¤ger gerÃ¼gte Bewertung des Monats August 2017 als nicht entschÃ¤digungsrelevante Zeit. Zwar hat das Ausgangsgericht nach den Feststellungen des EntschÃ¤digungsgerichts einen im Juli 2017 eingegangenen SchriftÂsatz des Beklagten im Ausgangsverfahren (nur) zur freigestellten Stellungnahme

Ã¼bersandt. DenÂnoch durfte das EntschÃ¤digungsgericht den Monat August 2017 als aktive Zeit bewerten. Denn die Ã□bersendung eines Schriftsatzes an die Beteiligten zur Kenntnis erÃ¶ffnet stets die MÃ¶glichkeit zur Stellungnahme. Die Entscheidung des Gerichts, im Hinblick auf eine mÃ¶gliche Stellungnahme zunÃ¤chst keine weiteren MaÃ□nahmen zur VerfahrensfÃ¶rderung zu ergreifen, unterliegt grundsÃ¤tzÂlich noch seiner EntscheidungsprÃ¤rogative bei der VerfahrensfÃ¼hrung; sie ist â□□Â mit Ausnahme unÂvertretbarer oder schlechthin unverstÃ¤ndlicher WartezeitenÂ â□□ weder durch das EntschÃ¤diÂgungsâ□□ noch durch das Revisionsgericht als VerfahrensverzÃ¶gerung zu bewerten *(BSG Urteil vom 7.9.2017 â□□Â BÂ 10Â Ã□G 1/16Â RÂ â□□* BSGEÂ 124, 136 *=Â SozRÂ 4â□□1720 Â§Â 198 NrÂ 16, RdNrÂ 43)*. Das EntschÃ¤digungsgericht ist in dieser Hinsicht davon ausgegangen, das Ausgangsgericht habe aus seiner â□□Â allein maÃ□geblichenÂ â□□ exâ□□anteâ□□Sicht eine Replik des KlÃ¤gers nicht ausschlieÃ□en kÃ¶nnen. Diese EinschÃ¤tzung lÃ¤sst keine Rechtsfehler erkennen.

Â

31

c)Â Bei seiner GesamtabwÃ¤gung aller fÃ¼r die Entscheidung erheblichen UmstÃ¤nde (dritter Schritt der AngemessenheitsprÃ¼fung der Verfahrensdauer) durfte das EntschÃ¤digungsgericht von den festgestellten 40Â Monaten der InaktivitÃ¤t zwÃ¶lf Monate als Vorbereitungsâ□□ und Bedenkzeit fÃ¼r das SG absetzenÂ *(dazu unterÂ aa)*, nicht jedoch weitere drei Monate wegen Erkrankung des zunÃ¤chst fÃ¼r das Ausgangsverfahren zustÃ¤ndigen KammervorsitzendenÂ *(dazu unterÂ bb)*.

Â

32

aa)Â Zu Recht hat das EntschÃ¤digungsgericht dem Ausgangsgericht eine zwÃ¶lfmonatige VorbeÂreitungsâ□□ und Bedenkzeit zugebilligt.

Â

33

Nach stÃ¤ndiger Rechtsprechung des BSG ist den Ausgangsgerichten â□□Â vorbehaltlich besonderer UmstÃ¤ndeÂ des Einzelfalls â□□ eine Vorbereitungsâ□□ und Bedenkzeit von bis zu zwÃ¶lf Monaten je InÂstanz zuzubilligen, die fÃ¼r sich genommen noch nicht zu einer unangemessenen Verfahrensdauer fÃ¼hrt und nicht durch konkrete VerfahrensfÃ¶rderungsschritte begrÃ¼ndet und gerechtfertigt werden muss *(zB BSG Urteil vom 17.12.2020 â□□Â BÂ 10Â Ã□G* 1/19*Â RÂ â□□* BSGE 131, 153 *=Â SozR 4â□□1720 Â§Â 198 NrÂ 20, RdNrÂ 45; BSG Urteil vom 7.9.2017 â□□Â BÂ 10Â Ã□G* 3/16*Â RÂ â□□ SozR 4â□□1720 Â§Â 198 NrÂ 14 RdNrÂ 25; BSG Urteil vom 3.9.2014 â□□Â BÂ 10Â Ã□G* 2/13*Â RÂ â□□* BSGE 117, 21 *= SozR 4â□□1720 Â§Â 198 NrÂ 3, RdNrÂ 27, 46).* Dies hat der Senat

aus der Struktur und Gestaltung des sozialgerichtlichen Verfahrens abÂgeleitet *(grundlegend BSG Urteil vom 3.9.2014 â□□Â BÂ 10Â Ã□G 2/13Â RÂ â□□ BSGEÂ 117, 21 =Â SozR 4â□□1720 Â§Â 198 NrÂ 3, RdNrÂ 45 ff)*. Er trÃ¤gt damit dem Umstand Rechnung, dass grundsÃ¤tzlich jedem Gericht eine ausreichende Vorbereitungsâ□□ und Bedenkzeit zur VerfÃ¼gung stehen muss. Eine gleichzeitige inhaltlich tiefgehende Bearbeitung sÃ¤mtlicher Verfahren, die bei einem Gericht anhÃ¤ngig oder einem Richter zugewiesen sind, ist schon aus tatsÃ¤chlichen GrÃ¼nden nicht mÃ¶glich. Sie wird auch von ArtÂ 20 AbsÂ 3 GG und ArtÂ 6 AbsÂ 1 SatzÂ 1 EMRK nicht verlangt *(vgl auch BGH Urteil vom 12.2.2015 â□□Â IIIÂ ZR 141/14Â â□□ juris RdNrÂ 33 mwN)*. Aus dem Anspruch auf Rechtsschutz in angeÂmessener Zeit folgt kein Recht auf sofortige Befassung des Gerichts mit jedem RechtsschutzbeÂgehren und dessen unverzÃ¼gliche Erledigung. Vielmehr sind Rechtsschutzsuchenden je nach Bedeutung und ZeitabhÃ¤ngigkeit des Rechtsschutzziels und abhÃ¤ngig von der Schwierigkeit des Rechtsstreits sowie von ihrem Verhalten gewisse Wartezeiten zuzumuten. Ebenso sind GeÂrichte â□□Â unter Beachtung des Gebots effektiven RechtsschutzesÂ â□□ berechtigt, einzelne (Ã¤ltere und jÃ¼ngere) Verfahren aus GrÃ¼nden eines sachlichen, rechtlichen, persÃ¶nlichen oder organisatoriÂschen Zusammenhangs zu bestimmten Gruppen zusammenzufassen oder die Entscheidung einer bestimmten Sachâ□□ oder Rechtsfrage als dringlicher anzusehen als die Entscheidung andeÂrer Fragen, auch wenn eine solche zeitliche â□□Bevorzugungâ□□ einzelner Verfahren jeweils zu einer lÃ¤ngeren Dauer anderer Verfahren fÃ¼hrt *(BSG Urteil vom 3.9.2014 â□□Â BÂ 10Â Ã□G 2/13Â RÂ â□□ BSGEÂ 117, 21 =Â SozR 4â□□1720 Â§Â 198 NrÂ 3, RdNrÂ 44 mwN)*.

Â

34

An dieser Rechtsprechung hÃ¤lt der Senat nach erneuter PrÃ¼fung fest. Die ZwÃ¶lfmonatsregel sorgt â□□Â wie vom Senat bezweckt *(BSG Urteil vom 3.9.2014 â□□Â BÂ 10Â Ã□G 2/13Â RÂ â□□ BSGEÂ 117, 21 =Â SozR 4â□□1720 Â§Â 198 NrÂ 3, RdNrÂ 45)Â â□□* in der sozialgerichtlichen Praxis fÃ¼r Rechtssicherheit und Vorhersehbarkeit. Sie gibt nicht nur den EntschÃ¤digungsgerichten, sondern schon den AusgangsÂgerichten eine einfache und praktikable Beurteilungsgrundlage an die Hand. Sie ermÃ¶glicht einerseits einen Ausgleich der unterschiedlichen Interessenlagen der Akteure des SozialgerichtsÂprozesses bezogen auf die Verfahrensdauer fÃ¼r den Regelfall, schlieÃ□t aber andererseits auch eine abweichende Beurteilung bei Besonderheiten im Einzelfall nicht aus *(SÃ¶hngen in Hennig, SGG, Â§Â 202 RdNrÂ 79, Stand der Einzelkommentierung Februar 2016)*. Die Rechtsprechung des Senats ist nicht zuletzt deshalb in der sozialgerichtlichen Praxis einhellig auf Zustimmung geÂstoÃ□en. Die Landessozialgerichte als EntschÃ¤digungsgerichte legen sie ihren Entscheidungen bei der Beurteilung der Angemessenheit der Verfahrensdauer regelmÃ¤Ã□ig zugrunde *(zB Hessisches LSG Urteil vom 12.5.2021 â□□Â LÂ 6Â SF 23/18Â EKÂ SFÂ â□□ juris RdNrÂ 44Â f; LSG MecklenÂburgâ□□Vorpommern Beschluss vom 12.2.2020 â□□Â LÂ 12Â SF 8/19Â EKÂ EGÂ â□□ juris RdNrÂ 31Â ff; SÃ¤chÂsisches LSG Urteil vom 29.3.2017 â□□Â LÂ 11Â SF 70/16Â EKÂ â□□ juris RdNrÂ 31)*.

Â

35

Die vereinzelt im Schrifttum geÃ¤uÃerte Kritik gibt keinen Anlass, diese Rechtsprechung aufzuÂgeben oder zu modifizieren. Keineswegs hat sie in willkÃ¼rlicher Weise Gerechtigkeitsvorstellungen des Gerichts an die Stelle derjenigen des Gesetzgebers gesetzt *(so aber Gohde, Der EntÂschÃ¤digungsanspruch wegen unangemessener Verfahrensdauer nach den Â§Â§Â 198Â ff GVG, 2020, 325)* oder dessen Intention ins Gegenteil verkehrt *(so aber GroÃ in Berchtold, SGG, 6.Â Aufl 2022, Â§Â 202 RdNrÂ 17)*. Vielmehr hat der Senat im Interesse von Rechtssicherheit und einheitlicher Rechtsanwendung *(Loytved, jM 2015, 167, 169)* der Struktur und dem typischen Ablauf sozialgeÂrichtlicher Verfahren und dem BedÃ¼rfnis nach einer zÃ¼gigen Abwicklung von EntschÃ¤digungsverÂfahren Rechnung getragen, dabei aber zugleich den EntschÃ¤digungsgerichten Raum fÃ¼r die BeÂrÃ¼cksichtigung von Besonderheiten des Einzelfalls gelassen. Die Bestimmung der maximal zuÂlÃ¤ssigen, noch angemessenen Verfahrenslaufzeit kann weiterhin jeweils nur aufgrund einer abÂschlieÃenden Gesamtbetrachtung und â wÃ¼rdigung der tatsÃ¤chlichen UmstÃ¤nde des Einzelfalls insbesondere mit Blick auf die von Â§Â 198 AbsÂ 1 SatzÂ 2 GVG benannten Kriterien erfolgen.

Â

36

Der Orientierungswert von zwÃ¶lf Monaten Vorbereitungsâ und Bedenkzeit fÃ¼r das AusgangsgeÂricht bleibt daher auch im Fall des KlÃ¤gers einschlÃ¤gig. Besonderheiten, die eine Abweichung nach unten rechtfertigen, hat das EntschÃ¤digungsgericht nicht festgestellt.

Â

37

Eine solche Besonderheit liegt entgegen der Ansicht des KlÃ¤gers auch nicht in dem Umstand, dass das Ausgangsgericht sein Verfahren bereits im Oktober 2015 und damit bereits acht Monate nach Klageeingang im Februar 2015 als entscheidungsreif bezeichnet hat. Der Begriff der EntÂscheidungsreife oder die Bezeichnung einer Sache als ausgeschrieben kennzeichnet lediglich den Zeitpunkt, in dem der fÃ¼r die Entscheidung des Rechtsstreits notwendige Tatsachenstoff aufÂgeklÃ¤rt und den Beteiligten rechtliches GehÃ¶r gewÃ¤hrt worden ist *(BVerwG Urteil vom 17.8.2017 â Â 5Â A 2/17Â DÂ â juris RdNrÂ 34; Bayerischer VGH Urteile vom 13.6.2019 â Â 24Â A 18.2049Â Â â juris RdNrÂ 27 und vom 10.12.2015 â Â 23Â A 14.2252Â Â â juris RdNrÂ 36; vgl auch Burkiczak in Schlegel/Voelzke, jurisPKâSGG, Â§Â 105 RdNrÂ 30, Stand der Einzelkommentierung DezemÂber 2021; HÃ¼bschmann in Roos/Wahrendorf/MÃ¼ller, SGG, Â§Â 123 RdNrÂ 15.3, Stand der EinzelÂ-*

kommentierung Februar 2022). Die Entscheidungsreife bildet daher fÃ¼r die Bewertung der VerÂzÃ¶gerung keinen Fixpunkt, sondern hat allenfalls relative Bedeutung. Liegt sie vor, muss weder sogleich eine dem Staat zuzurechnende VerzÃ¶gerung eintreten noch werden mit ihr bestimmte Fristen fÃ¼r die VerfahrensfÃ¶rderung in Lauf gesetzt *(BVerwG Urteil vom 11.7.2013 â□□Â* 5Â C 23/12*Â DÂ â□□ juris RdNrÂ 36)*. Das BVerwG gesteht den Verwaltungsgerichten daher ab dem Zeitpunkt der Entscheidungsreife vor dem Hintergrund der verfassungsrechtlich gewÃ¤hrten richterlichen UnabhÃ¤ngigkeit *(ArtÂ 97 AbsÂ 1 GG)* einen nach den UmstÃ¤nden des Einzelfalls in Relation zu den in Â§Â 198 AbsÂ 1 SatzÂ 2 GVG benannten Kriterien zu bemessenden Zeitraum bis zur abschlieÃ□enÂden Entscheidung zu *(BVerwG Urteil vom 26.2.2015 â□□Â* 5Â C 5/14 *Â DÂ â□□ juris RdNrÂ 43Â ff)*.

Â

38

Soweit sich der KlÃ¤ger auf die Entscheidung des BVerwG vom 11.7.2013 *(*5Â C 27/12*Â DÂ â□□ juris RdNrÂ 45)* beruft, wonach ein einfach gelagertes Verfahren auch in einem Jahr abgeschlossen werden kÃ¶nne, berÃ¼cksichtigt er nicht ausreichend, dass das BSG die Bemessung der den GeÂrichten zuzubilligenden Zeit nach auÃ□en nicht erkennbarer AktivitÃ¤t ausgehend von typischen soÂzialrechtlichen StreitfÃ¤llen durch die ZwÃ¶lfmonatsregel anders strukturiert hat als das BVerwG. Auf die tatsÃ¤chliche oder vermeintliche Entscheidungsreife eines Verfahrens kommt es danach nicht an. Dementsprechend wird die Vorbereitungsâ□□ und Bedenkzeit durch die vom AusgangsgeÂricht angenommene Entscheidungsreife entgegen der Ansicht des KlÃ¤gers nicht automatisch verkÃ¼rzt. Allerdings kÃ¶nnen besondere UmstÃ¤nde des Einzelfalls, vor allem mit Blick auf die KriÂterien des Â§Â 198 AbsÂ 1 SatzÂ 2 GVG es gebieten, von der Regel einer zwÃ¶lfmonatigen VorbereiÂtungsâ□□ und Bedenkzeit abzuweichen und ausnahmsweise einen kÃ¼rzeren Zeitraum anzusetzen *(vgl BSG Urteil vom 12.2.2015 â□□Â BÂ 10Â Ã□G 1/13Â RÂ â□□* BSGE 118, 91 *= SozR 4â□□1720 Â§Â 198 NrÂ 7, RdNrÂ 32)*. Im Ã□brigen sind Rechtsuchenden â□□Â wie oben bereits ausgefÃ¼hrtÂ â□□ gewisse Wartezeiten zuzumuten. Aus ihrem Anspruch auf Rechtsschutz in angemessener Zeit folgt kein Recht auf sofortige Befassung des Gerichts mit jedem Rechtsschutzbegehren und dessen unverzÃ¼gliche Erledigung.

Â

39

bb)Â Dagegen hat das EntschÃ¤digungsgericht bei der Bewertung der VerfahrensfÃ¼hrung des AusÂgangsgerichts zu Unrecht pauschal weitere drei Monate wegen der Erkrankung des zunÃ¤chst zustÃ¤ndigen Kammervorsitzenden als Fall â□□hÃ¶herer Gewaltâ□□ von der entschÃ¤digungspflichtigen Zeit abgezogen. Eine Verfahrensdauer, welche die regelmÃ¤Ã□ig und auch im Fall des KlÃ¤gers anzusetzende zwÃ¶lfmonatige Vorbereitungsâ□□ und Bedenkzeit Ã¼bersteigt, muss â□□Â wie oben bereits ausgefÃ¼hrtÂ â□□ auf vertretbarer

aktiver Verfahrensgestaltung des Gerichts beruhen, soweit sie nicht maÃgeblich durch das Verhalten der Beteiligten oder Dritter bedingt wird.

Â

40

Nach den fÃ¼r den Senat bindenden Feststellungen des EntschÃ¤digungsgerichts *(vgl* Â§Â 163 SGG*)* war der fÃ¼r die Bearbeitung des Ausgangsverfahrens zunÃ¤chst zustÃ¤ndige Kammervorsitzende von Anfang 2015 bis zum 5.6.2015, in der ersten Novemberwoche 2015 sowie vom 25.1. bis zum 5.2.2016 und dann durchgehend vom 5.7.2016 bis zum Ãbergang des Verfahrens in die 62.Â KamÂmer des Ausgangsgerichts am 1.10.2017 dienstunfÃ¤hig. Seine geschÃ¤ftsplanmÃ¤Ãigen Vertreter haben das Verfahren nur wÃ¤hrend einiger dieser zahlreichen Monate seiner krankheitsbedingten Abwesenheit gefÃ¶rÂdert, etwa zu Beginn des Verfahrens und in den Monaten vor dem Ãbergang in die 62.Â Kammer.

Â

41

Von den Monaten des krankheitsbedingten Verfahrensstillstands braucht der KlÃ¤ger entgegen der Ansicht des EntschÃ¤digungsgerichts nicht pauschal drei Monate entschÃ¤digungslos hinzuÂnehmen.

Â

42

Dem EntschÃ¤digungsgericht ist zwar zuzugestehen, dass eine VerlÃ¤ngerung der VerfahrensÂdauer keine EntschÃ¤digungspflicht auslÃ¶st, wenn sie â Â Ã¼ber das Verhalten der VerfahrensbeteiÂligten oder Dritter hinausÂ â auf anderen Ursachen beruht, die das Gericht weder beeinflussen kann noch sonst zu verantworten hat. Das BVerfG spricht in diesem Zusammenhang von UrÂsachen, die nicht in den Verantwortungsbereich der staatlichen verfassten Gemeinschaft fallen *(BVerfG Beschluss vom 13.10.2016 â Â* 2Â BvR 1275/16*Â â juris RdNrÂ 52)*, der EGMR *(EGMR Urteil vom 16.7.2009 â Â* 8453/04*Â â juris RdNrÂ 53)* und das BVerwG *(BVerwG Urteil vom 11.7.2013 â Â* 5Â C 27/12*Â DÂ â juris RdNrÂ 44)* nutzen â Â ebenso wie das LSGÂ â den Begriff der â hÃ¶heren Gewaltâ. UnabhÃ¤ngig von der konkreten Begrifflichkeit ist aber maÃgeblich fÃ¼r die EntschÃ¤diÂgungspflicht in jedem Fall die wertende Bestimmung des staatlichen Verantwortungsâ und EinÂflussbereichs fÃ¼r die GewÃ¤hrung von Rechtsschutz in angemessener Zeit *(vgl Gesetzentwurf der Bundesregierung vom 17.11.2010 zum ÃGG, BTâDrucks 17/3802 SÂ 19; BSG Urteil vom 12.2.2015 â Â BÂ 10Â ÃG* 7/14*Â RÂ â SozR 4â1720 Â§Â 198 NrÂ 10 RdNrÂ 35; BSG Urteil vom 3.9.2014 â Â BÂ 10Â ÃG* 2/13*Â RÂ â* BSGE 117, 21 *= SozR 4â1720 Â§Â 198 NrÂ 3, RdNrÂ 34; Ott in SteinÂbeiÃâWinkelmann/Ott,*

Rechtsschutz bei Ã¼berlangen Gerichtsverfahren, 2013, Â§Â 198 GVG *RdNrÂ 114)*. VerfahrensverzÃ¶gerungen durch Faktoren auÃerhalb dieses Bereichs begrÃ¼nden keiÂnen EntschÃ¤digungsanspruch *(vgl Frehse, Die Kompensation der verlorenen Zeit â Â Wenn ProÂzesse Pause machen, 2017, 256).*

Â

43

Allerdings stellt eine Erkrankung des zustÃ¤ndigen Richters keine lediglich Ã¤uÃere Einwirkung auf das Verfahren dar, sondern fÃ¤llt im Ergebnis in den Verantwortungs- und EinfluÃbereich des GeÂrichts und damit des Staates. Zwar mag das noch nicht fÃ¼r die Erkrankung eines Richters als solche gelten *(BVerfG Beschluss vom 13.10.2016 â Â* 2Â BvR 1275/16*Â â juris RdNrÂ 52; vgl zur Erkrankung eines BehÃ¶rdenvertreters EGMR Urteil vom 16.7.2009 â Â* 8453/04*Â â juris RdNrÂ 53; vgl fÃ¼r die stufenweise Wiedereingliederung eines kranken Richters LAG Sachsenâ Anhalt Urteil vom 9.10.2019 â Â* 5Â Oa 1/18*Â â juris RdNrÂ 31; aA KÃ¤mpfer SchlHA 2011, 389, 390),* wohl aber fÃ¼r ihre Auswirkungen auf das gerichtliche Verfahren. Es obliegt dem Gericht und damit dem Staat, die erforderliche Vertretung des erkrankten Richters sicherzustellen *(Gohde, Der EntschÃ¤digungsanspruch wegen unangemessener Verfahrensdauer nach den* Â§Â§Â 198Â ff GVG*, 2020, 101)* oder andere geeignete MaÃnahmen zu ergreifen, um VerzÃ¶gerungen durch den krankheitsbedingten Ausfall auf ein MaÃ zu reduzieren, das dem Anspruch auf Rechtsschutz in angemessener Zeit ausreichend Rechnung trÃ¤gt. Erkrankungen von Richtern gehÃ¶ren ebenso wie die sonstigen Ã¼blichen Ausfallzeiten etwa durch den gesetzlichen Jahresurlaub oder durch Fortbildungen zum Alltag der Gerichte. Solche Ausfallzeiten haben die JustizbehÃ¶rden und GeÂrichte zu verantworten, denn diese UmstÃ¤nde sind grundlegender Bestandteil der ihnen obliegenÂden Personalâ und Ressourcenplanung *(Frehse, Die Kompensation der verlorenen Zeit â Â Wenn Prozesse Pause machen, 2017, 904Â ff)*. Die Folgen solcher Ausfallzeiten fÃ¼r den Fortgang des Verfahrens, die fÃ¼r den Rechtsuchenden allein maÃgeblich sind, kÃ¶nnen durch die gebotene VerÂtretung abgemildert oder ganz vermieden werden. Daher hat ein Gericht auch die VerzÃ¶gerung eines Verfahrens wegen der Erkrankung eines Richters von Beginn an zu verantworten. Es muss sie vorausschauend durch die Organisation einer wirksamen Vertretung und â Â im Fall der dauerÂhaften VerhinderungÂ â durch rechtzeitige Umverteilung der GeschÃ¤fte verhindern oder zumindest ihre Folgen fÃ¼r die Rechtsuchenden abmildern.

Â

44

Diese Pflicht zur GewÃ¤hrleistung einer effektiven Vertretung ergibt sich insbesondere aus dem JustizgewÃ¤hrleistungsanspruch. Dieser verpflichtet den Staat zu einer ausreichenden personelÂlen und sachlichen Ausstattung der Gerichte. Der Staat kann sich zur Rechtfertigung der Ã¼berÂlangen Dauer eines

Verfahrens nicht auf UmstÃ¤nde innerhalb seines Verantwortungsbereichs berufen. Vielmehr muss er alle notwendigen MaÃnahmen treffen, damit Gerichtsverfahren innerÂhalb angemessener Frist beendet werden kÃ¶nnen *(BTâDrucks 17/3802 SÂ 19; BVerfG Beschluss vom 29.3.2005 â Â 2Â BvR 1610/03Â â juris RdNrÂ 13).* ArtÂ 6 AbsÂ 1 EMRK verpflichtet die Vertragsstaaten ebenfalls, ihr Justizsystem so zu organisieren, dass ihre Gerichte allen ErforderÂnissen des Artikels â Â und damit auch dem Anspruch auf Rechtsschutz in angemessener ZeitÂ â gerecht werden kÃ¶nnen *(EGMR Urteil vom 31.7.2003 â Â 57249/00Â â jurisÂ 48 mwN)*. Den BunÂdeslÃ¤ndern obliegt es daher in ihrem ZustÃ¤ndigkeitsbereich, fÃ¼r eine hinreichende materielle und personelle Ausstattung der Gerichte zu sorgen, damit diese ihrem Rechtsprechungsauftrag in einer Weise nachkommen kÃ¶nnen, die den Anforderungen des ArtÂ 19 AbsÂ 4 SatzÂ 1 GG genÃ¼gt *(BVerfG Beschluss vom 17.11.1999 â Â 1Â BvR 1708/99 Â â juris RdNrÂ 9; BSG Urteil vom 12.2.2015 â Â BÂ 10Â ÃG 7/14Â RÂ â SozR 4â1720 Â§Â 198 NrÂ 10 RdNrÂ 35; BSG Urteil vom 3.9.2014 â Â BÂ 10Â ÃG 2/13Â RÂ â BSGE 117, 21 = SozR 4â1720 Â§Â 198 NrÂ 3, RdNrÂ 34)*. In diesem RahÂmen mÃ¼ssen sie auch angemessen vorsorgen, um einer generell vorhersehbaren besonderen Situation wie der Erkrankung des Gerichtspersonals zu begegnen *(vgl BVerfG BeÂschluss vom 13.8.2012 â Â 1Â BvR 1098/11Â â juris RdNrÂ 19; Roderfeld in Marx/Roderfeld, RechtsÂschutz bei Ã¼berlangen Gerichtsâ und Ermittlungsverfahren, 2013, Â§Â 198 GVG RdNrÂ 17)*.

Â

45

Die dafÃ¼r erforderliche Personalausstattung muss auch eine wirksame Vertretung iS von Â§Â 21e AbsÂ 1 SatzÂ 1 GVG ermÃ¶glichen, solange ein Richter wegen einer Erkrankung vorÃ¼bergehend verhindert ist *(zur Verhinderung Pabst in MÃ¼nchener Kommentar zur ZPO, 6.Â Aufl 2022, Â§Â 21e GVG RdNrÂ 62)*. Dabei hat der fÃ¼r den Verhinderungsfall im GeschÃ¤ftsverteilungsplan vorgeÂsehene Vertreter das Verfahren zu fÃ¶rdern *(vgl BVerwG Urteil vom 11.7.2013 â Â 5Â C 27/12Â DÂ â juris RdNrÂ 44; Roller, VSSR 2015, 65, 90)*, und zwar im Lichte des JustizgewÃ¤hrleistungsanÂspruchs â Â soweit wie nÃ¶tig und mÃ¶glichÂ â schon von Beginn der Vertretung an grundsÃ¤tzlich in derselben Weise wie sonst der durch Erkrankung verhinderte Richter. Dem Vertreter darf dabei aber kein Pensum abverlangt werden, dass sich in sachgerechter Weise nicht mehr oder nur durch dauerhaft Ã¼berobligatorischen Einsatz erledigen lÃ¤sst *(vgl BVerfG Beschluss vom 23.5.2012 â Â 2Â BvR 610/12, 2Â BvR 625/12 â Â juris RdNrÂ 16Â ff; Frehse, Die Kompensation der verlorenen Zeit â Â Wenn Prozesse Pause machen, 2017, 906)*.

Â

46

Soweit eine wirksame FÃ¶rderung des Verfahrens in der Vertretung wegen einer Ãberlastung des Vertreters oder wegen fehlender BerÃ¼cksichtigung der in

Vertretung erledigten Verfahren bei der Dezernatsverteilung unterbleibt, beseitigt dies nicht die Verantwortung des Gerichts und damit des Staates fÃ¼r die eintretende VerzÃ¶gerung. Eine unzureichende sachliche oder personelle AusÂ-stattung der Justiz generell oder speziell des Ausgangsgerichts stellt â□□Â wie oben ausgefÃ¼hrtÂ â□□ von vornherein keinen sachlichen Grund fÃ¼r eine VerlÃ¤ngerung der Verfahrenslaufzeiten dar.

Â

47

Im Ã□brigen sind die trotz oder wegen der Vertretung entstehenden VerzÃ¶gerungen mit der zwÃ¶lfÂmonatigen Vorbereitungsâ□□ und Bedenkzeit abgegolten, die jeder Instanz regelmÃ¤Ã□ig zuzubilligen ist. Sie berÃ¼cksichtigt bereits die Ã¼blichen Urlaubs- und Krankheitszeiten *(ebenso BFH* fÃ¼r die zweijÃ¤hrige Regelvermutung im Bereich der Finanzgerichtsbarkeit). Nichts anderes gilt fÃ¼r den Berichterstatterwechseln wegen Erkrankung des zustÃ¤ndigen Richters. Wie bei sonstigen unvermeidbaren Berichterstatterwechseln *(BSG Urteil vom 12.2.2015 â□□Â BÂ 10Â Ã□G 1/13Â RÂ â□□* BSGEÂ 118, 91 *=Â SozR 4â□□1720 Â§Â 198 NrÂ 7, RdNrÂ 31)* handelt es sich bei den damit verbundenen VerfahrensverlÃ¤ngerungen nicht um Zeiten aktiver VerfahrensfÃ¶rderung durch das Ausgangsgericht. Ebenso ist die Zeit, die das PrÃ¤sidium zur VorÂbereitung und DurchfÃ¼hrung der Umverteilung der GeschÃ¤fte nach Â§Â 21e AbsÂ 3 SatzÂ 1 GVG wegen dauerhafter Verhinderung eines Richters benÃ¶tigt, ein Gerichtsinternum, das allein in desÂsen Verantwortungsbereich fÃ¤llt. Rechtsuchende brauchen die in dieser Zeit entstehenden VerÂzÃ¶gerungen schon wegen der genannten Pflicht zur Organisation einer von Anfang an effektiven Vertretung nicht entschÃ¤digungslos hinzunehmen. Soweit der Grundsatz des gesetzlichen RichÂters *(ArtÂ 101 AbsÂ 1 SatzÂ 2Â GG*) in Konflikt mit einer verfrÃ¼hten Umverteilung geraten kÃ¶nnte, Ã¤nÂdert dies nichts am Gebot einer effektiven Vertretung. Denn bis zur Umverteilung ist auch der vom GeschÃ¤ftsverteilungsplan vorgesehene Vertreter gesetzlicher Richter. Dementsprechend hat im Fall des KlÃ¤gers der zustÃ¤ndige Vertreter das Verfahren in den Monaten vor dem Ã□bergang in die 62.Â Kammer des Ausgangsgerichts im Oktober 2017 nach den Feststellungen des EntschÃ¤Âdigungsgerichts aktiv gefÃ¶rdert.

Â

48

Etwas anderes folgt auch nicht aus der Rechtsprechung des BVerwG, auf die das EntschÃ¤diÂgungsgericht seine Rechtsansicht stÃ¼tzen mÃ¶chte. Vielmehr kann danach die Erkrankung eines Richters wegen der Vertretungsregelungen, welche der GeschÃ¤ftsverteilungsplan des Gerichts vorzusehen hat, allenfalls eine kurzfristige VerzÃ¶gerung rechtfertigen *(BVerwG Urteil vom 11.7.2013 â□□Â* 5Â CÂ 27/12*Â DÂ â□□ juris RdNrÂ 44)*.

Â

49

Eine EntschÃ¤digungspflicht kann jedoch ausnahmsweise dann entfallen, wenn wegen der ErkranÂkung des zustÃ¤ndigen Richters zB ein bereits anberaumter Termin kurzfristig verschoben werden muss. Die staatliche Verantwortung fÃ¼r die dadurch eintretende VerzÃ¶gerung ist anders zu beÂwerten, wenn sich der geschÃ¤ftsplanmÃ¤Ãige Vertreter in der KÃ¼rze der verbleibenden VorbereiÂtungszeit nicht in die Sache einarbeiten kann und deshalb als verhindert anzusehen ist *(vgl OVG Nordrheinâ□□Westfalen Beschluss vom 19.11.1998 â□□Â* 23Â A 2616/98 *.AÂ â□□ juris RdNrÂ 4; Hessisches Dienstgericht fÃ¼r Richter Urteil vom 5.7.1979 â□□Â* 2Â X 1/78*Â â□□ DRiZ 1980, 311, 312; Kissel/Mayer, GVG, 10.Â Aufl 2021, Â§Â 21e RdNrÂ 144, 146).* Bei einer solchen kurzfristigen Terminsverschiebung handelt es sich um keine VerzÃ¶gerung, die auf organisatorischen MÃ¤ngeln oder einer unzuÂreichenden Ausstattung der Justiz im Allgemeinen beruht. Vielmehr verlÃ¤ngert sich in dieser Konstellation die Laufzeit des Verfahrens durch eine unvermeidbare StÃ¶rung des VerfahrensabÂlaufs, was keine EntschÃ¤digungspflicht zu begrÃ¼nden vermag *(vgl BVerwG Urteil vom 11.7.2013 â□□Â* 5Â C 27/12*Â DÂ â□□ juris RdNrÂ 44; s auch LSG Berlinâ□□Brandenburg Urteil vom 2.8.2013 â□□Â* LÂ 37Â SF 252/12Â EKÂ AL*Â â□□ juris RdNrÂ 48; BGH Beschluss vom 17.3.2005 â□□Â* 3Â StR 39/05*Â â□□ juris RdNrÂ 17).* Ein solcher Fall lag hier jedoch nach den Feststellungen des EntschÃ¤diÂgungsgerichts nicht vor.

Â

50

Hiervon ausgehend hÃ¤tte das EntschÃ¤digungsgericht drei weitere und damit insgesamt 28Â MoÂnate als entschÃ¤digungspflichtig bewerten mÃ¼ssen. Dagegen hatte der KlÃ¤ger, wie ausgeÂfÃ¼hrt, keinen Anspruch auf die darÃ¼ber hinaus begehrte EntschÃ¤digung fÃ¼r insgesamt 47Â Monate.

Â

51

d)Â Der KlÃ¤ger kann fÃ¼r den von ihm durch die Monate gerichtlicher InaktivitÃ¤t des SG erlittenen Nachteil auch keine hÃ¶here als die nach Â§Â 198 AbsÂ 2 SatzÂ 3 GVG vorgesehene EntschÃ¤digung in Geld von 100Â Euro monatlich beanspruchen. Die Entscheidung des EntschÃ¤digungsgerichts, von dem in Â§Â 198 AbsÂ 2 SatzÂ 3 GVG vorgesehenen Regelbetrag von 1200Â Euro fÃ¼r jedes Jahr der VerzÃ¶gerung eines Gerichtsverfahrens nicht abzuweichen, begegnet keinen revisionsrechtÂlichen Bedenken und wird vom KlÃ¤ger zu Recht auch nicht infrage gestellt.

Â

52

e) Demnach waren dem KlÃ¤ger auf seine Revision zusÃ¤tzlich zu den vom EntschÃ¤digungsgericht bereits ausgeurteilten 1300Â Euro weitere 300Â Euro EntschÃ¤digung zuzusprechen und das Urteil des EntschÃ¤digungsgerichts dahingehend zu Ã¤ndern. Im Ãbrigen war die Revision zurÃ¼ckzuÂweiÂsen.

Â

53

3. Der Anspruch auf Prozesszinsen ergibt sich in entsprechender Anwendung aus Â§Â§Â 288 AbsÂ 1, 291 SatzÂ 1 BGB *(vgl BSG Urteil vom 3.9.2014 â Â BÂ 10Â ÃG 2/14Â RÂ â SozR 4â1720 Â§Â 198 NrÂ 5 RdNrÂ 54 mwN)*.

Â

54

C. Die Kostenentscheidung folgt aus Â§Â 197a Abs 1 Satz 1 SGG iVm Â§Â 155 AbsÂ 1 SatzÂ 1 VwGO. Sie ist hier fÃ¼r jede Instanz gesondert zu treffen. Dem steht das Gebot der einheitlichen KostenÂentscheidung nicht entgegen. Danach entscheidet das zuletzt angerufene Gericht in der die InÂstanzen abschlieÃenden Entscheidung auch Ã¼ber die Kosten des gesamten Rechtsstreits *(Hauck in Hennig, SGG, Â§Â 193 RdNrÂ 99, Stand der Einzelkommentierung Juli 2020)*. Die Einheitlichkeit bezieht sich indes nicht auf den Inhalt der Kostenentscheidung; der Umfang der Kostenerstattung ist vielmehr fÃ¼r jede Instanz gesondert zu prÃ¼fen *(Gutzler in Roos/Wahrendorf/MÃ¼ller, SGG, Â§Â 193 RdNrÂ 4, Stand der Einzelkommentierung Februar 2022; Schmidt in Fichte/JÃ¼ttner, SGG, 3.Â Aufl 2020, Â§Â 193 RdNrÂ 20)*. Auch eine nach RechtszÃ¼gen differenzierte Kostenentscheidung stellt eine einheitliche Kostenentscheidung dar, die andernfalls entstehende Ungenauigkeiten vermeiden kann *(vgl BFH Urteil vom 13.5.2020 â VIÂ R 38/18Â â juris RdNrÂ 29; BFH Beschluss vom 29.5.1990 â IVÂ R 75/88Â â juris RdNrÂ 12)*.

Â

55

Die hÃ¤lftige Kostenteilung fÃ¼r das Verfahren vor dem EntschÃ¤digungsgericht ergibt sich aus dem Obsiegen des KlÃ¤gers iHv 1600Â Euro und damit von gerundet der HÃ¤lfte der in dieser Instanz geltend gemachten EntschÃ¤digungsforderung von 3500Â Euro.

Â

56

FÃ¼r das Revisionsverfahren folgt die Kostenentscheidung aus dem Obsiegen des KlÃ¤gers iHv 300Â Euro und damit gerundet iHvÂ 1/7 der von ihm mit der Revision noch geltend gemachten EntÂschÃ¤digungsforderung von weiteren 2200Â Euro.

Â

57

D. Die Streitwertfestsetzung fÃ¼r das Revisionsverfahren beruht auf Â§Â 197a AbsÂ 1 SatzÂ 1 SGG iVm Â§Â 1 AbsÂ 2 NrÂ 3, Â§Â 47 AbsÂ 1 SatzÂ 1, Â§Â 52 AbsÂ 1 und AbsÂ 3 SatzÂ 1, Â§Â 63 AbsÂ 2 SatzÂ 1 GKG. Der Streitwert entspricht der vom KlÃ¤ger zuletzt noch geltend gemachten weiteren EntschÃ¤digungsÂforderung von 2200Â Euro.

Â

Erstellt am: 21.07.2022

Zuletzt verändert am: 21.12.2024